

p.B.72.9.15.1.(36). - DUR/HME

ABSENDER/EXPEDITEUR: Sekr.Staatssekretar

ambudape ambasuisse budapest -o-

\*\*\*  
(((  
ur ambudape  
.berneda

pour ambasuisse budapest

bern 17.12.92 16:05 u r g e n t

56-hhhhh

Bitte an Herrn Staatssekretar Kellenberger weiterleiten

Beitrag der Politischen Abteilung III zum Wochentelex:

D A S D R I T T E R A T S T R E F F E N D E R K S Z E I N  
S T O C K H O L M

Am 14./15. Dezember 1992 fand in der schwedischen Hauptstadt das dritte ordentliche Treffen der KSZE-Aussenminister statt. An drei Tagen vor dem Treffen hatte der Ausschuss Hoher Beamter (AHB) eine kurze Zusammenfassung der Schlussfolgerungen (Shaping a New Europe - the Role of the CSCE) sowie zahlreiche als Beschlüsse betitelte Texte vorbereitet, die vom Rat angenommen wurden. Zwei Punkte (Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien-Herzegowina / Blockierung der Aufnahme der tschechischen Republik durch das Fürstentum Liechtenstein) konnten vom AHB nicht gelöst werden, sodass der Rat formell selber verhandeln musste.

Grosse Betroffenheit löste die erste Rede des russischen Aussenministers aus. Er warf der NATO und der WEU vor, sie würden sich in Gebiete der ehemaligen Sowjetunion einmischen. Im Raum der ehemaligen Sowjetunion konnten die KSZE-Bestimmungen nicht voll angewendet werden, weil Russland dort seine Interessen mit allen Mitteln verteidigen müsse. Er rief zur Schaffung einer neuen Föderation oder Konföderation aller ehemaligen Sowjetrepubliken auf, die notfalls mit Gewalt durchgesetzt werden müsse. Stark kritisierte Kosyrew die bisherige Jugoslawien-Politik: das Embargo gegen Serbien müsse aufgehoben werden, die derzeitige serbische Regierung könne mit der vollen Unterstützung Russlands rechnen. Obwohl der russische Aussenminister seinen Ueberraschungscoup etwa eine halbe Stunde später widerrief, indem er die von seiner Delegation vorbereitete Rede las, bestürzte die erste Intervention die Anwesenden, was namentlich in Repliken des amerikanischen und



des deutschen Aussenministers sowie der Minister praktisch aller Staaten der ehemaligen Sowjetunion deutlich zum Ausdruck kam. Der genaue Grund der ersten Intervention steht nicht fest, es durfte jedoch kein Zweifel darüber bestehen, dass die starken konservativen Kräfte in Russland eng damit im Zusammenhang stehen. Der Text wurde denn auch eine Stunde später in Moskau veröffentlicht.

Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien und namentlich der Krieg in Bosnien-Herzegowina haben das KSZE-Ratstreffen nachhaltig geprägt. Bei den Beschlüssen zu den regionalen Fragen nimmt dieser Konflikt am meisten Raum ein. Der Text fiel zwar scharfer aus als vorangehende, doch wirklich griffige Entscheide sind nicht getroffen worden. Die von Bosnien-Herzegowina, Oesterreich und der Türkei vehement geforderte Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien-Herzegowina scheiterte an der Zustimmung Russlands, aber auch jener der EG-Staaten. Ein klares Signal wurde an die gemässigten Kräfte in Serbien gesandt, während der derzeitigen Führung einschneidendere Massnahmen angedroht wurden. Die Troika der KSZE wurde beauftragt, vor dem 20. Dezember nach Belgrad zu reisen, um den Machthabern die unmissverständliche Haltung der KSZE-Staaten klar zu machen. Die Suspendierung 'Jugoslawiens' an KSZE-Treffen wurde bis auf weiteres verlängert. Im Sinne der Konfliktprävention beschlossen die Minister, die Langzeitmissionen in Kosovo, Sandschak und in der Vojvodina massiv zu erhöhen, ausserdem wurde das Mandat für die Sanktionsunterstützungsmissionen in den Nachbarstaaten Serbien-Montenegros bis zum 31. Juni 1993 verlängert.

Weitere Beschlüsse zu regionalen Konfliktgebieten betreffen das Baltikum (Entsendung einer Präventivmission nach Estland), die Republik Moldau (Aufruf zu einem bilateralen Abkommen betreffend den Truppenrückzug), Georgien (Aufruf zur Zusammenarbeit mit dem persönlichen Vertreter des KSZE-Vorsitzenden zur Ausarbeitung eines Rahmens für Verhandlungen), Nagorno-Karabach (Aufruf zur Weiterverfolgung des Friedensprozesses) und zu Tadschikistan (Aufruf zur Waffenruhe und zum Dialog).

Zur Verstärkung ihrer Rolle der Konfliktprävention hat die KSZE den ehemaligen niederländischen Aussenminister Max van der Stoel zum ersten Hochkommissar der KSZE für nationale Minderheiten ernannt, der seine Funktion anfangs 1993 antritt. Die Minister haben ferner die Ergebnisse des Genfer Treffens über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten angenommen. Die entsprechende Konvention über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE wurde von 29 Teilnehmerstaaten unterzeichnet, sie tritt in Kraft, sobald zwölf Staaten das Übereinkommen ratifiziert haben. Ein grosser Erfolg für die Schweiz ist die Wahl Genfs als Sitzort des Gerichtshofes. Um den neuen Herausforderungen an die KSZE gerecht zu werden, haben die Minister beschlossen, den Posten eines Generalsekretars der KSZE zu schaffen. Er soll die Oberaufsicht über die bestehenden Institutionen haben und als Vertreter des amtierenden Vorsitzenden handeln, ausserdem obliegt ihm, die KSZE-Treffen vorzubereiten und die Durchsetzung der entsprechenden Beschlüsse zu gewährleisten. Zur Entlastung des AHB beauftragten die Minister die Vertreter der Teilnehmerstaaten in Wien, zwischen den AHB-Treffen regelmässig zusammenzutreten, Diskussionen und Konsultationen zu führen und vorentscheide zu treffen, die keinen Aufschub erlauben. Eine einzige organisatorische Struktur unter der Leitung des Generalsekretars soll die Effizienz der KSZE-Aktivitäten steigern. Vorderhand wird aus politischen Überlegungen nicht an eine geographische Zusammenlegung der Institutionen in Wien, Prag und Warschau gedacht. Es ist aber offensichtlich, dass zahlreiche

Staaten im Sinne einer besseren Effizienz eine Konzentration der KSZE in Wien begrüssen wurden. Eine offizielle Kandidatur für die Stelle des Generalsekretars ist noch nicht erfolgt. Informelle Quellen sprechen von einer möglichen Kandidatur des deutschen KSZE-Botschafters W. Hoyneck. Der Rat hat den AHB beauftragt, zur Erarbeitung eines Übereinkommens betreffend die Erteilung eines rechtlichen Status an die KSZE-Institutionen eine Gruppe von Rechtsexperten einzusetzen, um am nächsten Ratstreffen (November/Dezember in Rom) einen entsprechenden Entwurf vorlegen zu können.


Die Beziehungen zwischen der KSZE und internationalen Organisationen, namentlich der UNO, sollen verstärkt werden. Der Vorsitzende wird beauftragt, regelmässige Kontakte und einen Informationsaustausch mit der UNO zu führen. Dabei soll die UNO-Vertretung des Vorsitzenden die Federführung übernehmen. Ausserdem soll in Zukunft ein UNO-Vertreter an den Rats- und AHB-Treffen teilnehmen. Auch mit dem Europarat sollen die Beziehungen vertieft werden, um den Aufbau demokratischer Institutionen in den neuen Teilnehmerstaaten zu koordinieren. Die Ratsvorsitzende, Aussenministerin M. af Ugglas, wird sich mit einem Expertenteam in die neuen Teilnehmerstaaten begeben, um sich über deren spezifischen Bedürfnisse betreffend KSZE-Angelegenheiten in Kenntnis zu setzen. Schliesslich sicherte der Rat den beiden neuen Staaten der CSFR zu, ab 1. Januar 1993 in die KSZE aufgenommen zu werden. Das Fürstentum Liechtenstein hatte sich bis zum Ende des Ratstreffens gegen eine Aufnahme der beiden neuen Republiken gewendet, weil die Regierung der CSFR angeblich bisher alle Ersuchen um Verhandlungen über die im Gefolge des Zweiten Weltkrieges enteigneten Güter des Fürstenhauses abgelehnt hat. Erst in letzter Minute konnte eine Lösung gefunden werden, indem im Tagesjournal eine Erklärung der Vorsitzenden festhält, dass sich die beiden neuen Staaten zu bilateralen Verhandlungen mit dem Fürstentum verpflichten.

P. Maurer

)))

\*\*\*

**ORIGINAL** an: 

*Kopie an:* 

affetra

10356 ZEICHEN/CARACTERES

re